



**Protokoll der 8. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 19. Februar 2020, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni

Namensaufruf: 40 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Stadträtin Barbara Dätwyler Weber

Mitanwesend: 4 Stadtratsmitglieder

**Gemeinderatssekretär-
Stv. :** Aurelia Brenner

Traktanden

- 37 Mitteilungen
- 38 Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 2019
- 39 Interpellation betreffend "Für eine Klimastrategie bei den Anlagen der Pensionskasse der Stadt Frauenfeld" von GR Roman Fischer
ev. Diskussion
- 40 Interpellation betreffend Projekt "Balance" der GR Hausammann und Christ
ev. Diskussion

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüsse Sie herzlich zur ersten Gemeinderatssitzung im Jahr 2020. Ein frohes neues Jahr wünsche ich Ihnen nicht mehr, aber ich hoffe, Sie sind gut ins neue Jahr gestartet. Das neue Jahr birgt sicher einige Veränderungen. An meiner Tradition mit den Vereinstipps für die kommenden Tage möchte ich aber festhalten. So lege ich Ihnen für die kommende Woche die folgenden Veranstaltungen ans Herz.

Zum einen fängt morgen die Frauenfelder Fasnacht an. Dazu gehören als Highlights die Faschnachtsunterhaltung am Freitag sowie der Umzug am Sonntag. Weiter findet am Samstag das erste Playoff-Halbfinal der 1. Mannschaft des EHC Frauenfeld statt. Die 2. Mannschaft kämpft am Sonntag gegen den Abstieg und ist sicher für jede Unterstützung dankbar. Weiter finden am Samstag ab 11 Uhr verschiedene Spiele des Basketballvereins in der Kanti-Sporthalle statt. Wer es lieber kulturell mag, kann am Samstag und Sonntag das Dschungelbuch, aufgeführt vom Kinderhort Kurzdorf, im Schulhaus Reuteneu besuchen. Ich hoffe, es war für jeden etwas dabei.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass 40 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 21.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23 b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

37

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP):

1. Mit Beschluss Nr. 14 wurde am 23. Januar 2020 die einfache Anfrage betreffend „Übersicht offene/unveröffentlichte Konzepte, Studien, Reglemente, Planungen, Abklärungen sowie Stand der Massnahmen aus den Agglomerationsprogrammen 1+2 und aus dem Mobilitätskonzept 2030“ von Gemeinderat Roman Fischer beantwortet.
2. Mit Beschluss Nr. 24 wurde am 6. Februar 2020 die einfache Anfrage betreffend "Fussgängerzone Zürcherstrasse" von Gemeinderat Heinrich Christ beantwortet.
3. Am 23. Januar 2020 wurde dem Gemeinderat die Botschaft Nr. 9 "Kredit zum Ausbau und zum Betrieb der Weihnachtsbeleuchtung" zugestellt.
4. Die Referendumsfrist zur Weiterführung der Aufsuchenden Elternarbeit durch Dritte ist am 30. Dezember 2019 ungenutzt verstrichen.
5. Die Referendumsfrist zu den Budgets der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park ist am 27. Januar 2020 ungenutzt verstrichen.
6. Die Gemeinderäte Roland Wetli und Peter Hausammann haben eine Motion betreffend "Schaffung eines Reglements betreffend die Information der Öffentlichkeit über städtische Belange (Informationsreglement)" eingereicht. Die Anzahl Unterschriften gebe ich am Schluss der Sitzung bekannt.

7. Auf Ihren Tischen finden Sie als kleines Geschenk eine Serie der Postkarten des Malwettbewerb zum Jubiläum 30 Jahre Kinderrechtskonvention. Diese zeigen die fünf Gewinnermotive.
8. Der diesjährige Gemeinderatsausflug findet am 8. Mai statt. Bitte reservieren Sie sich das Datum. Ich würde mich über ein zahlreiches Erscheinen freuen. Die Details werden demnächst bekanntgegeben.
9. Die Fraktion SVP hat eine einfache Anfrage zum Thema "Vergünstigungen für Mitarbeitende der Stadt Frauenfeld" von Gemeinderat Christoph Tschanen eingereicht.
10. Gemeinderat Stefan Vontobel hat eine einfache Anfrage zum Thema "Digitalisierung" eingereicht.
11. Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott, Gemeinderat Michael Pöll und Gemeinderat Roman Fischer haben eine einfache Anfrage zum Thema "Auslastung von subventionierten öffentlichen Parkieranlagen" eingereicht.
12. Mit Schreiben vom 14. Januar 2020 teilte Gemeinderätin Julia Bünter ihren Rücktritt per 29. Februar 2020 aus dem Gemeinderat mit. Der Rücktritt wurde vom Stadtrat mit Beschluss Nr. 9 am 21. Januar 2020 genehmigt und die Stadtkanzlei beauftragt, das Ersatzverfahren einzuleiten
13. Julia Bünter hat am 1. September 2016 die Nachfolge von Alt-Gemeinderat Marcel Epper angetreten. Bis zum 31. Mai 2019 hat Julia wertvolle Arbeit in der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft und Gesundheit geleistet. Ich danke Julia Bünter für ihren Einsatz und wünsche ihr viel Erfolg für ihre Zukunft. Ganz speziell bedanke ich mich bei ihr für ihren Einsatz und dadurch die zusätzliche weibliche Unterstützung an den Gemeinderats-Fussballspielen. Hier wirst du mir besonders fehlen. Julia hat mich persönlich gebeten, hier im Rat ein paar Worte sagen zu dürfen. Dieser Bitte komme ich natürlich gerne nach. Liebe Julia, ich erteile dir gern das Wort.

Julia Bünter (CVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Stadträtin und Stadträte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, ein letztes Mal darf ich diese Ansprache heute machen. Gern möchte ich das Wort nochmals ganz kurz an euch alle richten. Wie man so schön sagt, gab ich meinen Rücktritt mit einem lachenden und einem weinenden Auge bekannt. Lachend, weil ich mich auf meine neuen Herausforderungen im Beruflichen freue und auch auf etwas ruhigere Zeiten, die ich in der Zwischenzeit auch zu schätzen gelernt habe. Weinend, weil ich die Arbeit im Rat und vor allem das Miteinander mit euch allen vermissen werde. An dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an euch alle und ganz besonders an meine Fraktion für die gute Zusammenarbeit und dass ihr es jungen Ratsmitgliedern ermöglicht, sich einzubringen und mitzuwirken. Wie schon erwähnt, möchte ich mich auch für das angenehme Miteinander während und nach den Sitzungen oder eben an einem Fussballturnier ganz herzlich bedanken. Ich wünsche euch weiterhin ganz viel Freude, viele Ideen und Engagement hier im Rat und ich freue mich auf jedes Wiedersehen mit euch. In dem Sinn: Tschüss mitenand.

38

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 11. DEZEMBER 2019

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Das Protokoll der 7. Sitzung des Gemeinderats wurde am 9. Januar 2020 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine Änderungen oder Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom Mittwoch, 11. Dezember 2019 gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich bei der Ratssekretärin und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

39

INTERPELLATION BETREFFEND "FÜR EINE KLIMASTRATEGIE BEI DEN ANLAGEN DER PENSIONSKASSE DER STADT FRAUENFELD" VON ROMAN FISCHER

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Mit Beschluss Nr. 278 wurde am 12. Dezember 2019 die Interpellation "Für eine Klimastrategie bei den Anlagen der Pensionskasse der Stadt Frauenfeld" vom Gemeinderat Roman Fischer vom Stadtrat beantwortet.

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Interpellanten: Vielen Dank an alle, die zur Beantwortung der Interpellation "Für eine Klimastrategie bei den Anlagen der Pensionskasse der Stadt Frauenfeld" beigetragen haben. Die Antwort ist formal sicher korrekt ausgefallen. Aber etwas mehr Mut und die Vorwegnahme zukünftiger Entwicklungen hätte ich mir schon gewünscht. Bei der Eröffnung dieser Legislatur rief unser geschätzter Alterspräsident Stefan Geiges dazu auf, dass wir zusammen die Probleme von Frauenfeld und nicht die der ganzen Welt lösen sollen. Die Diskussion zu diesem Thema könnte mit diesem Hinweis im Keim erstickt werden. Dass die PK der Stadt Frauenfeld nur einen sehr kleinen Beitrag zur Abschwächung der Klimaerwärmung leisten kann, ist nicht von der Hand zu weisen. Es werden aber unzählige grosse und kleine Massnahmen notwendig sein, damit die Klimaerwärmung nicht zu einem grossen Problem der Menschen auch hier in Frauenfeld wird. Um zu hören, ob sich auch andere Fraktionen und Mitglieder dieses Rats mehr Voraussicht, Verantwortung und Taten der Arbeitgebervertreter im Stiftungsrat der Pensionskasse der Stadt Frauenfeld wünschen, beantrage ich die Diskussion zur Interpellation.

Abstimmung

Der Antrag auf Diskussion wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Interpellanten: Bevor ich mich detaillierter zur Interpellationsantwort äussere, möchte ich noch loswerden, dass ich überhaupt nicht einverstanden bin, in welcher Frist diese und andere Interpellationen vom Stadtrat beantwortet wurden, respektive ihrer Antwort harren. Das Reglement nennt als Frist sofort oder auf eine der nächsten Sitzungen. Nach meinem Empfinden sind das drei oder vier Sitzungen, in Ausnahmefällen vielleicht sechs. Nun zum Thema der Interpellation:

Im Wochentakt kann man in den Tageszeitungen lesen, dass Investoren, Fonds, Banken und auch Pensionskassen sich zur Reduktion der Klimarisiken entschliessen. Wenn zum Beispiel jetzt beim weltgrössten Vermögensverwalter Blackrock Klimaschutz Priorität hat, müssen auch unsere Banken und Pensionskassen Umdenken. Oder: Ein Rechtsgutachten im Auftrag des Bundes zeigt, dass die Finanzmarktakteure Klimarisiken bereits heute berücksichtigen müssen. Oder einfach schlicht: Ostschweizer Pensionskassen werden grüner. In der Antwort des Stadtrats wird wiederholt darauf hingewiesen, dass die Pensionskasse im Interesse ihrer Versicherten und Rentenbezüger handeln muss. Dabei bezieht er sich auf die direkten finanziellen Aspekte wie Rendite oder die Höhe der Renten. Dass eine Limitierung der Klimaerwärmung auf maximal 1.5-2° auch im Interesse der Beitragszahler und Rentenbezüger ist, davon ist keine Rede. Ich nehme aber gerne die folgenden drei wichtigsten Punkte zur Kenntnis:

1. Der Stadtrat bringt über seine Delegierten im Stiftungsrat den Wunsch zur Ausführung von nachhaltigen Anlageprozessen im Anlagenreglement ein. Dass dieses Thema nicht auf die finanziellen Klimarisiken beschränkt werden soll, scheint mir vollkommen in Ordnung und nachvollziehbar. Das eine schliesst ja das andere nicht aus.

2. Der Stadtrat gedenkt, seine Delegierten darauf hinzuweisen, dass bei einer nächsten Asset Liability Management Studie dem Thema Nachhaltigkeit gebührende Rechnung getragen wird. Leider wurde in der Antwort nicht auf messbare Ziele und Fristen bei der Dekarbonisierung des Portfolios eingegangen. Das ist genau der Punkt, wo ich mir mehr Mut und Voraussicht gewünscht hätte.
3. Der Stadtrat wird seinen Delegierten gegenüber deutlich signalisieren, dass ihm Nachhaltigkeit in ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht wichtig ist und sie dies in ihren Entscheidungen als eines der Hauptanliegen berücksichtigen sollen.

An dieser Stelle freue ich mich sehr über das starke CO₂-freie Rauchzeichen.

Die Stadt respektive die Arbeitgebervertreter müssen ja trotz der Politisierung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen auch Reputationsrisiken im Auge behalten. Anlagen und Investitionen in geächtete Tätigkeiten wie Sklaven- oder Kinderarbeit sind ja heute bereits tabu. Investitionen in fossile Energieträger sind auf dem Weg dazu. Und man muss ja nicht immer warten, bis der Druck von aussen so gross wird, damit wir uns in der Schweiz in Sachen Geldanlagen bewegen. Ein Arbeitgebervertreter sitzt ja hier im Saal. Unser Stadtpräsident Anders Stokholm amtiert auch als Präsident der städtischen PK. Gern höre ich von ihm, was er zu mehr Voraussicht und Vorwegnahme zukünftiger Entwicklungen denkt und wie er gedenkt sicherzustellen, dass die Signale, Hinweise und Wünsche des Stadtrats betreffend Reduktion der Klimarisiken auch von den anderen beiden Arbeitgebervertretern in den Stiftungsrat getragen werden. Und ebenso interessiert mich zu hören, was andere im Saal zu diesem Thema denken.

Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:

Die Fraktion CH/Grüne/GLP dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Wie wir daraus erfahren, hat der Gemeinderat keinen direkten Einfluss auf das operative Geschäft der städtischen Pensionskasse. Dies kann lediglich über die Vertreter im Stiftungsrat erfolgen. An dieser Stelle begrüsse ich deshalb speziell den Präsidenten des Stiftungsrats Stadtpräsident Anders Stokholm und den Vizepräsidenten. Herr Markus Kutter vertritt die Arbeitnehmerseite, er ist ebenfalls anwesend. Ich komme gleich im Detail noch auf die Interpellation zu sprechen, möchte aber zuerst die Perspektive wechseln, um den Kern des Anliegens zu beleuchten.

Bestimmt haben Sie auch schon von der Multimilliardärsfamilie Rockefeller aus den USA gehört. John D. Rockefeller stieg um das Jahr 1860 als Pionier in das damals boomende Ölbusiness ein. Er war Gründer der Standard Oil Organization, welche später in Esso umbenannt wurde und sich heute Exxon Mobile nennt. Die Familie Rockefeller hat sich in der Vergangenheit eine goldene Nase mit fossiler Energie verdient. Sie war clever und zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Ganz nebenbei erwähnt, haben die Rockefellers in den letzten 150 Jahren auch einen wesentlichen Beitrag zur weltweiten Klimaerwärmung und Umweltverschmutzung geleistet. Vor sechs Jahren machten die Rockefellers auf spektakuläre Weise auf sich aufmerksam. Sie entschieden, ihre sämtlichen Vermögensanteile an fossilen Energien zu verkaufen. Seither sind weltweit Tausende von Firmen, Investmentfonds und Vermögensverwaltungen diesem Beispiel gefolgt. Über 14 Billionen US-Dollar wurden weltweit aus der Branche der Öl-, Gas-, Kohle- und Atomenergie abgezogen, Tendenz steigend. Aber wieso? Der Grund ist, dass sich in den letzten Jahren Wertverluste auf den Anlagen in den Unternehmen der fossilen Wirtschaft abzeichnen. Fachleute sprechen auch von der Carbon Bubble, einer Blase, welche immer mehr Luft verliert. Nehmen wir nochmals das Beispiel von Exxon Mobile. Seit dem Ausstieg der Familie Rockefeller aus den fossilen Energien hat sich der Aktienkurs bis heute praktisch halbiert und die Erträge aus diesem Sektor liegen heute deutlich unter dem Marktdurchschnitt. Die Verhinderung der Klimaerhitzung erfordert einen epochalen Umbruch der Wirtschaft. Innert kürzester Zeit wird die fossil abhängige Wirtschaft auf erneuerbare Energien übergehen müssen. Die Unternehmen der fossilen Energien werden durch die grünen Wirtschaftszweige verdrängt. Die Rockefellers haben diese Entwicklung vorausgesehen, sind rechtzeitig ausgestiegen und konnten so hohe Verluste vermeiden.

Und nun zur städtischen Pensionskasse: Sie wurde im Jahr 2014 verselbstständigt und verwaltet aktuell ein Vermögen von rund 159 Millionen Franken. Davon sind rund 30 % in Aktien im In- und Ausland investiert. Im Grössenverhältnis zu anderen Kassen darf man die städtische Pensionskasse eher als klein bezeichnen, was aber keine qualitative Wertung sein soll. Laut schweizerischem Recht sind die Pensionskassen dazu verpflichtet, eine optimale Rendite zu erwirtschaften und gleichzeitig das Risiko von Wertverlusten auf den Investitionen so gering wie möglich zu halten. Art. 2 des Anlagereglements der städtischen PK ist in diesem Sinn abgefasst. So heisst es in Art. 2 Abs. 5: „Anlagen, welche eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung unterstützen und ethische Grundsätze berücksichtigen, sind zu bevorzugen.“ Im Oktober 2018 hat das Bundesamt für Umwelt ein Gutachten publiziert, das wurde bereits von Gemeinderat Roman Fischer erwähnt. Dieses legt fest, dass das klassische Risikomanagement in der Vermögensverwaltung um die Dimension der Klimarisiken erweitert werden muss. Weiter sagt das Gutachten, die heutigen Investitionen der Schweizer Pensionskassen finanzieren einen CO₂-Ausstoss, der eine katastrophale Klimaerhitzung von 4-6°C verursachen wird. Nötig sind Investitionen, welche die Begrenzung auf 1.5° möglich machen. Die Verantwortlichen der Pensionskassen stehen deshalb in der Pflicht, die Unternehmen der fossilen Energien aus ihren Anlagenbeständen zu entfernen und das freigewordene Geld für die Förderung der klimapositiven Unternehmen einzusetzen. Soweit das Gutachten des Bundesamts für Umwelt.

Unsere Fraktion fordert den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Stiftungsrats dazu auf: Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr. Üben Sie aktiven Einfluss aus, damit die PK Stadt Frauenfeld auf Investments in Unternehmen im Bereich der fossilen Energien verzichtet. Mit wenig Aufwand, ohne Risiko und ohne Komforteinbusse kann damit eine grosse Hebelwirkung erzielt werden. Und dies ist nicht nur im Interesse der Versicherten, sondern auch der Allgemeinheit. Auf Ihre positive Rückmeldung freuen wir uns.

Gemeinderätin Renate Luginbühl (EVP), Referentin im Namen der Fraktion CVP/EVP: Es liegt uns eine ganze Anzahl Fragen zu den Anlagen der Pensionskasse der Stadt Frauenfeld vor. In all diesen Fragen geht es darum, ob die Pensionskasse bei ihren Anlagen Klimarisiken berücksichtigt, für die Wertschriften eine Klimastrategie formuliert, einen Bericht über die Klimaverträglichkeit ihrer Anlagen verfasst oder ihr Stimmverhalten an den Generalversammlungen gegenüber der Öffentlichkeit offenlegt und noch weitere mehr. Die Antwort des Stadtrats fällt sehr detailliert und klar aus. Der Stiftungsrat ist das oberste Organ der Pensionskasse und dieser führt die Geschäfte. Der Stadtrat stellt einen Delegierten im Stiftungsrat, über diese Person können Anliegen in den Stiftungsrat getragen werden. Die wichtigste Aussage ist sicher, dass der Stiftungsrat in erster Linie die Interessen der Versicherten zu wahren hat. Es wird ja nicht eigenes Vermögen verwaltet, sondern das anvertraute Geld vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Pensionskassengeschäft ist eine komplexe Angelegenheit. Eine Thematik, die enorm viel Fachwissen erfordert. Es wäre unklug, den Fokus einseitig auf Klimafragen zu richten. Es gilt, auch anderen Risiken oder Chancen die nötige Beachtung zu schenken. Dennoch ist klar, dass Nachhaltigkeit in ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht bei Entscheidungen mitberücksichtigt werden sollen. Die verschiedenen Reglemente zur Pensionskasse sind auf der Homepage einsehbar. Man findet alle wichtigen Informationen und kann sich detailliert über den Geschäftsgang der Pensionskasse ins Bild setzen. Unsere Fraktion hofft, dass der Stadtrat nicht zunehmend mit solch umfangreichen Fragekatalogen konfrontiert wird. Wo bleibt sonst genügend Zeit, all die laufenden Aufgaben und Herausforderungen zu bewältigen?

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Fraktion FDP hat sich bei der Abstimmung, ob dieser Vorstoss diskutiert werden soll, bewusst geschlossen enthalten. Wir sind für Anliegen und Meinungen anderer offen, wie es sich für die Liberalen gehört, auch wenn wir inhaltlich nicht die gleiche Haltung zum Thema haben. Bei diesem Vorstoss sind wir aber der klaren Überzeugung, dass diese Fragen, wie vom Interpellanten angestossen, nicht in den Gemeinderat gehören. Wir, der Gemeinderat und der Stadtrat, beschäftigen

uns hier mit einer Angelegenheit, die nicht in unserer Kompetenz liegt und wir können es nicht verstehen, warum Anlagen zur Klimastrategie mittels eines parlamentarischen Vorstosses im Rat behandelt werden sollen. Die Verknüpfung der Klimaziele mit den Anlagen der Pensionskasse der Stadt Frauenfeld und somit der Verantwortung der Stadt als Arbeitgeber und des Stadtrats für die Pensionskasse ist für uns nicht nachvollziehbar. Die Gelder gehören den Destinatären und verantwortlich ist einzig und allein der Stiftungsrat, der paritätisch besetzt ist. Und dieser bestimmt aufgrund des Anlagereglements letztlich, wie die Gelder eingesetzt werden mit der klaren Verantwortung, die Ansprüche der Versicherten respektive der Destinatäre dauerhaft sicherzustellen. Die Vermögensverwaltung hat den Aspekten wie Sicherheit, marktgerechte Erträge und Liquidität Genüge zu tragen. Die Anlagekategorien und Bestimmungen sind im Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) festgehalten. Als Legislative und Exekutive der Stadt Frauenfeld haben wir keinen Einfluss und auch keine Verantwortlichkeiten. Der Stadtrat hat in der Beantwortung der Interpellation festgehalten, dass im BVG Aufgaben und Kompetenzen festgelegt sind. Somit ist es eindeutig, dass es nicht in der Kompetenz dieses Rats respektive des Stadtrats liegt, darüber zu befinden, welche Anlagestrategie durch den Stiftungsrat gewählt wird. Wir sollten uns also mit Themen befassen, die wir überhaupt beeinflussen können. Umweltschutz bewegt uns. Konzentrieren wir uns aber auf die Felder, wo wir uns auch einbringen können.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Dass dieser Input kommt, ist eigentlich längst überfällig. Da bin ich mit meinem Vorredner nicht ganz einverstanden. Denn bereits im Mai 2015 habe ich mir nämlich einen Zeitungsbericht zur Seite gelegt, der dieses Thema behandelt, das sogenannte Devestment. Unser Geld soll nicht mehr in Konzerne investiert werden, die ihr Geld mit dem Abbau und Vertrieb von fossilen Energien machen, ist die Forderung. Lange und immer wieder habe ich darüber nachgedacht, wie dies für die PK der Stadt umgesetzt werden könnte. Leider gibt es dazu in unserem Rat keine Handhabe, wie dies in der Beantwortung auch gesagt wird. Trotzdem finden wir es richtig und wichtig, endlich darüber mindestens zu diskutieren. Denn auch dies wird in der Beantwortung aufgezeigt, es wurde bisher zumindest vonseiten des Stadtrats noch nichts wirklich in diese Richtung gemacht. Die Interpellation fordert eine Klimastrategie bei der PK. Umsetzen können diese die Personen im Stiftungsrat. Und diese wären unserer Meinung nach gut bedient, diese zu erarbeiten und in den Anlagerichtlinien zu verankern. Denn zwischen der Beantwortung und jetzt habe ich mir drei Zeitungsartikel zur Seite gelegt, die dies bestätigen. Alle aus der TZ, also nicht aus irgendeiner linksgerichteten oder alternativen Zeitung. Die erste vor Weihnachten. Hier heisst es "Saubere Energie im Hoch. 142 % Zuwachs für Energie NextEra in fünf Jahren." Die NextEra ist die Nr. 1 weltweit insachen sauberer Energiegewinnung. Damit wäre auch die hohe Rendite, die der Stadtrat als Herausforderung ansieht, zu erzielen, ein Kinderspiel. Am letzten Samstag war der Titel in der gleichen Kolumne nochmals erwähnt mit einem Plus von mittlerweile 184 %. Der zweite Artikel von Mitte Januar, in dem die erste Pleite wegen des Klimawandels – wahrscheinlich nicht die letzte – erwähnt wird. Dann der dritte von Ende Januar, in dem abgehandelt wird, dass Nachhaltigkeit für Pensionskassen wichtig sei. Darin wird auch gesagt, dass in der Ostschweiz die Pensionskassen sich zum Teil zwar für ökologische Kriterien einsetzen, diese aber nicht nach- und ausweisen. Ein Assistenzprofessor der HSG wird darin auch zitiert, der klar die Aussage macht, dass nachhaltige Anlagen meist stabiler und wenig anfällig für plötzliche Wertverluste sind. Sie sehen also, die Forderung ist gerechtfertigt und wichtig. Umso enttäuschter waren wir mit der Antwort, weil darin wie gesagt keine wirklichen Anstrengungen in diese Richtung erkennbar sind. Auch weil das Thema omnipräsent ist und der Stadtrat in seinen Hochglanzleitbildern beschreibt, dass die Stadt Frauenfeld in Umwelt- und Energiebelangen eine führende Funktion in der Region wahrnehmen sowie ressourcenschonend und zunehmend klimaneutral handeln soll. Somit unsere Aufforderung an den Stadtrat und den Stiftungsrat: Nehmen Sie diese Verantwortung für die angegliederten Personen der PK wahr und setzen Sie eine klimafreundliche Anlagestrategie um. Natürlich dürfen dabei auch die restlichen nachhaltigen Investi-

tionsziele nicht vergessen und verloren gehen, denn nachhaltiger ist in diesem Fall effektiv nachhaltiger.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: In unserer Fraktion SVP/EDU war die Sache relativ klar. Alles, was zu dieser Interpellation oder zu den Möglichkeiten der Stadt Frauenfeld in Bezug auf die PK gesagt werden müsste, steht in der Antwort des Stadtrats. Somit gibt es aus unserer Sicht nichts mehr anzufügen. Diese Diskussion lässt mich ohne Erkenntnisgewinn zurück, aber schön haben wir darüber diskutiert.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Die Pensionskassen in der Schweiz sind ein grosser Investor. Insgesamt 600 Milliarden – wenn nicht mehr – Franken werden von den Pensionskassen verwaltet. Sie haben also mit diesem Investitionsvolumen tatsächlich eine sehr grosse Bedeutung, dies vielleicht im Unterschied zu manch anderen Ländern. Es gibt auch Länder mit solchen Vorsorgeeinrichtungen wie die in der Schweiz, aber es sind nicht so viele. Also der Faktor ist ein grosser. In der Vergangenheit bis ins Jahr 2010 waren die Pensionskassen immer wieder politischen Einflussnahmen ausgesetzt. Das führte bei den öffentlichen Pensionskassen dazu, dass sehr viele öffentliche Pensionskassen eine massive Unterdeckung ausgewiesen haben und heute noch ausweisen. In der Westschweiz gab es Kassen, die weniger als 40 % Deckungsgrad aufwiesen. Der Bundesrat und auch das Parlament haben damals beschlossen, dass die Pensionskassen entpolitisiert werden müssen, dass man die Politik und die Verwaltung der Pensionskassen trennen muss. Die Stadt Frauenfeld hat das 2014 umgesetzt und die Pensionskasse Frauenfeld in die Selbstständigkeit entlassen. Die einzige Einflussnahme, die der Gemeinderat noch hat, ist quasi zu sagen, ob noch weitere Versicherte dazu kommen sollen, ob man weitere Grössen annehmen möchte, das letzte Mal war das Gachnang. Also weder der Stadtrat als Gremium noch der Gemeinderat als Gremium haben den Pensionskassen irgendeine Strategie vorzuschreiben. Sie kann sie wünschen – und in diesem Sinn nehme ich Ihre Anregungen auf –, aber sie kann sie nicht fordern, denn sie kann die Forderung nicht durchsetzen.

Wenn ich höre, Herr Gemeinderat Frey, dass Sie sich Gedanken gemacht haben darüber, was das für die Pensionskasse der Stadt Frauenfeld bedeutet, dann sage ich Ihnen und vielen anderen hier im Saal, ihr erster Ansatz sollte sein: Was macht die Pensionskasse, in der Sie versichert sind? Denn dort sind Sie versichert. Dort können Sie jederzeit den Geschäftsführer – Sie sollten es vielleicht einmal probieren – anrufen und fragen: Wie investiert ihr eigentlich? Ich als Versicherter will das wissen. Dort haben Sie den viel grösseren Hebel als bei unserer Pensionskasse als Gemeinderat. Ich möchte die Beantwortung der Interpellation jetzt nicht weiter ausführen, aber ich möchte Ihnen auch sagen, dass ich die Arbeit im Stiftungsrat durchaus als sehr verantwortungsbewusst und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet wahrnehme. Das kann ich als Vizepräsident und jetzt als Präsident sagen, dass wir diese Fragen tatsächlich diskutieren, dass wir auch entsprechende Entscheide fällen, dass wir zum Beispiel – das steht ja in der Antwort – die Stiftung Ethos beauftragt haben, unsere Rechte jeweils bei Abstimmungen wahrzunehmen. Weil wir nur eine kleine Pensionskasse sind mit 174 Millionen Franken im Verhältnis zu 600 Milliarden Franken gehören wir zu den Kleinen, tun wir uns innerhalb der Stiftung Ethos mit anderen zusammen, um dem Nachhaltigkeitsaspekt Gewicht zu verleihen. Nachhaltigkeit ist also ein Thema und wird auch in Zukunft ein Thema sein. Nachhaltigkeit im umfassenden Sinn als soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit verstanden. Diejenigen Zeitungsartikel, die Sie, Gemeinderat Frey, und die Gutachten, die Sie, Herr Fischer und Herr Leuthold, genannt haben, sind uns bekannt. Diese haben auch wir wahrgenommen, die nehmen wir auch ernst und wir haben auch schon entsprechende Anlageentscheide in diese Richtung gefällt. Mehr möchte ich aber an dieser Stelle nicht sagen. Eben, wir sind eine selbstständige öffentlich-rechtliche Pensionskasse und in dem Sinn ist es nicht das Feld der Politik, das dort zu gelten hat.

40

INTERPELLATION BETREFFEND PROJEKT "BALANCE" VON GEMEINDERAT PETER HAUSAMMANN UND GEMEINDERAT HEINRICH CHRIST

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Mit Beschluss Nr. 292 wurde am 18. Dezember 2019 die Interpellation betreffend „Balance „von den Gemeinderäten Peter Hausammann und Heinrich Christ beantwortet.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Interpellanten: Was lange währt, wird endlich gut, könnte man meinen. Nun, die Beantwortung unserer Interpellation hat einige Fragen geklärt und einige Fragezeichen im Raum stehen lassen. In diesem Sinn bedanke ich mich für die Beantwortung und beantrage Diskussion.

Abstimmung

dem Antrag auf Diskussion wird einstimmig zugestimmt.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Interpellanten: Gern bringe ich einige Gedanken zur Antwort des Stadtrats an.

Zuerst zur Ausgangslage: Der Stadtrat startete Anfang 2018 das Projekt Balance. Ziel ist nach Aussagen des Stadtrats, mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Konkret geht es um Budgetverbesserungen im Umfang von 1.8 Millionen Franken. Im Mai 2018 wählte der Stadtrat aus Vorschlägen der Verwaltung 25 Massnahmen aus. Mit dem Budget 2019 wurden fünf Massnahmen mit einer Wirkung von 87'000 Franken umgesetzt. Darüber wurde der Gemeinderat in der Botschaft zum Budget 2019 informiert. Die 25 Massnahmen finden sich stichwortartig in einem nichtöffentlichen Anhang zum Protokoll zur Sitzung, an der die drei GPKs über das Budget informiert wurden. Das war knapp ein Jahr nach dem Start des Projekts unser magerer Informationsstand. Um umfassendere Informationen und eine Zwischenbilanz zu erhalten und auch um den Stadtrat zu veranlassen, endlich, endlich die Öffentlichkeit zu informieren, reichten wir die Interpellation ein.

Zu: Endlich gut oder was lange währt: Endlich kurz vor Weihnachten bekamen wir zusätzliche Informationen. Aber:

1. Die Informationen kamen zu spät in doppelter Hinsicht. Sie kamen zu spät bezüglich der gesetzlichen Vorgabe, Interpellationen entweder sofort oder auf eine der nächsten Sitzungen zu beantworten. Kollege Fischer hat schon darüber gesprochen. Besonders ärgerlich war, dass die Antwort nicht einmal rechtzeitig zur Budgetberatung für das Budget 2020 erfolgte. Diese auch auf Nachfrage hin viel zu zögerliche Informationspolitik ist für uns schwer verständlich. Zu spät aber auch bezüglich der Information der Öffentlichkeit. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erfuhren fast zwei Jahre lang seit Lancierung des Projekts gar nichts. Das ist völlig unverständlich, auch angesichts der zahlreichen Medienmitteilungen, die wir ja sonst vom Stadtrat fast täglich erhalten.
2. Viele neue Informationen erhielten wir schlussendlich nicht. So wiederholte der Stadtrat in seiner Antwort die Informationen, die bereits im ersten Abschnitt der Interpellation als Ausgangslage enthalten sind. Die Antworten sind teilweise nichtssagend oder ungenügend. Ich zitiere zum Beispiel auf s. 9, Antwort zur Frage 5: „Die Vorschläge müssen erst ausgearbeitet werden, mögliche Massnahmen müssen bestimmt werden, diese können auch Anpassungen oder die Schaffung von Rechtsgrundlagen beinhalten. Oder zu Frage 6 auf S. 10: „Die einzelnen Vorschläge sollen schnellstmöglich umgesetzt werden kön-

- nen, sie stehen vielfach in verschiedenen Abhängigkeiten und verursachen unterschiedlich viel Vorarbeit [...]." Damit konnten wir nicht allzu viel anfangen.
3. Was praktisch durchwegs fehlt, sind die finanziellen Auswirkungen. Die Antwort enthält keine einzige neue Zahl, und das nach fast einem Jahr Warten.
 4. Die Frage nach den konkreten Zielvorgaben und Kriterien (Frage 2), nach den konkreten finanziellen Auswirkungen der einzelnen Massnahmen (Frage 3), nach den konkret betroffenen Rechtsgrundlagen (Frage 5) und nach dem Zeitplan (Frage 6) wurden nicht beantwortet.
 5. Zur Projektorganisation, falls es überhaupt eine gibt, erfahren wir nichts.

Neu sind die Bezeichnung der rechtlichen Grundlagen, die Umsetzungsmassnahmen und durchaus interessant der Status der 25 Massnahmen oder Handlungsfelder. Neu sind es offenbar sogar 26 Massnahmen. Ebenso fehlt ein Zwischenfazit. Vielleicht deshalb, weil es eher ernüchternd ausfällt.

Ich komme zum Fazit: Sechs Massnahmen wurden umgesetzt, die finanziellen Auswirkungen sind ausser in einem Fall nicht genannt. Fünf Massnahmen sind so erledigt, dass sie als nicht umsetzbar bezeichnet wurden, 15 Massnahmen sind noch pendent oder in Abklärung. Wir wissen immer noch nicht, welche Wirkung bisher erzielt worden ist. In den knapp zwei Jahren seit dem Start wurde nur wenig umgesetzt und nur wenig ausgearbeitet. Der Gemeinderat hat bis jetzt keine einzige Vorlage erhalten.

Wenn man den Projektstand nach mittlerweile zwei Jahren, die bisherigen Ergebnisse und Abklärungen, die Informationspolitik sowie die Antworten des Stadtrats anschaut, bekommt man das Gefühl, es handle sich um eine Alibiübung. Bezeichnend ist dazu die Antwort des Stadtrats auf die letzte Frage nach dem weiteren Vorgehen und dem Zeitplan. „Der Stadtrat lässt sich jährlich den Fortschritt im Rahmen der Budgetbesprechung rapportieren. Zuständig für die weitere Bearbeitung sind die Departementsvorstände.“ Das klingt weitgehend nach Kapitulation und es stellt sich die Frage nach einer schicklichen Beerdigung dieses Projekts. Oder war Balance überhaupt jemals ein richtiges Projekt? Mit Blick auf die Antworten eher nicht. Es scheint, dass im Herbst 2018 aus grundsätzlich richtigen – ich wiederhole aus grundsätzlich richtigen –, aber schlussendlich doch recht handgebackenen internen Sparbemühungen kurzerhand ein Projekt gemacht wurde. Warum man diese Bezeichnung wählte, ist uns nicht klar. Mit einem Projekt nach unserem Verständnis – man denke etwa an die kantonalen Sparübungen HG 2020 und LÜP mit klaren Zielen und Projektaufbau, Einbezug des Grossen Rats und Einbezug der Öffentlichkeit – hat Balance jedenfalls wenig zu tun. In diesem Sinn ist es Zeit, Adieu zu sagen.

Gemeinderätin Susanna Dreyer (CVP), Referentin im Namen der Fraktion CVP/EVP: Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nehmen erleichtert zur Kenntnis, dass er sich einer seiner wichtigsten Aufgaben, nämlich das städtische Haushaltsbudget im Gleichgewicht zu halten, wohl sehr bewusst ist. Wir nehmen weiter zur Kenntnis, dass er nun auch die Dringlichkeit des nicht länger aufschiebbaren Handlungsbedarfs betreffend Lokalisierung des weiteren Sparpotenzials erkannt hat. Wir sind der Überzeugung, dass es sich beim Projekt Balance um ein gutes Projekt handelt, welches unserer Meinung nach weitergeführt werden muss. Erlauben Sie mir eine Bemerkung zur Kommunikation. Was uns da weniger gefällt ist Folgendes: Am 6. Februar 2018 hat der Stadtrat die Ziele für das Projekt Balance definiert. Der gesamte Gemeinderat wurde aber formell erst Ende Oktober 2018 über die Projektexistenz und den damaligen Projektstand informiert. Dies erst acht Monate nach dem Projektstart. Wir erwarten, dass der Stadtrat den Gemeinderat über solche Vorhaben jeweils früher informiert. Ich erinnere den Stadtrat gern daran, wir Gemeinderätinnen und Gemeinderäte verbringen jeweils auch eine bemerkenswerte Zeit über den Budget- und Rechnungsordnern. Andererseits leuchtet ein, dass der Stadtrat mit Ergebnissen länger zugewartet hat, denn die Ergebnisse sollten ja konkret und in der Rechnung erkennbar sein. Letztlich sind es einfach operative

Aufgaben, die durch den Stadtrat zu erledigen sind, die anders oder weniger gemacht werden und die wenigsten Einsparungen haben leider gesamtbudgetrelevante Dimensionen. Wichtig scheint uns, dass man sich überlegt: 1. Muss man etwas wirklich machen? 2. Wie perfekt muss das wirklich gemacht werden? Wer weiss das besser als der Stadtmitarbeiter, der die Arbeiten ausführen muss und eigentlich zu wenig Zeit dafür hat. Hier wäre unseres Erachtens auch ein interessanter Ansatz. Prämien für Mitarbeiter, die Arbeiten melden, die künftig nicht mehr oder weniger perfekt zu machen wären und Schutz davor, dass er sich wegrationalisiert. Zum Schluss noch eine Anregung: Die Aufstellung der lokalisierten Handlungsfelder, welche wir mit der Beantwortung der Interpellation erhalten haben, zeigt gut auf, welche Themen mit welcher Priorität angegangen werden. Um die operative Wirksamkeit der Umsetzungsmassnahmen auf der Zeitachse beurteilen zu können, fehlen uns konkrete Informationen zu geplanten Erledigungsterminen. Im Hinblick auf die Beurteilung der Eintretenswahrscheinlichkeit eines Spareffekts im vorliegenden Budget ist dies für uns zwingende Steuerungsgrösse. Gern wiederhole ich mich an dieser Stelle. Die Fraktion CVP/EVP ist der Überzeugung, dass es sich beim Projekt Balance um ein gutes Projekt handelt, welches unserer Meinung nach weitergeführt werden muss.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Beantwortung der Fragen und den gezeigten Willen, in der Haushaltskasse nach verschiedenen Möglichkeiten zu suchen, die Verwaltungskosten effizienter zu gestalten. Die ersten Informationen über das Projekt Balance gingen im Oktober 2018 im Zuge einer GPK-Sitzung an den Gemeinderat. Die FDP unterstützt die Vorgehensweise des Stadtrats und ist auch überzeugt, dass dies in eigener Regie und ohne weitere externe Berater und Analysten funktionieren sollte. Schliesslich wurde nicht eine totale Leistungsüberprüfung (LÜP) installiert. Der Stadtrat hat intern mit dem laufenden Ohnehin-Kosten nach Lösungen gesucht. Mit einer externen Untersuchung wären allenfalls noch mehr Einsparungen gefunden worden, die Kosten dafür wären indes aber eben falls deutlich höher ausgefallen. Mit grosser Wahrscheinlichkeit sogar höher als das, was eingespart würde. Der von den Interpellanten jetzt verlangte Detaillierungsgrad und der Zeitpunkt der Beantwortung gehen uns etwas zu weit, zumal diese Aufgabe klar zu den Exekutivaufgaben gehört. Das Projekt Balance ist seit rund zwei Jahren am Laufen. Solche Projekte und Erkenntnisse greifen teilweise erst in einigen Jahren. Teilweise gehen solche Prüfungen schneller vonstatten, andere brauchen etwas mehr Zeit. Die einen Massnahmen greifen, andere wiederum nicht. Der Stadtrat hat Vorschläge aufgezeigt und prüft diese nun jährlich. Aus unserer Sicht ist die Transparenz so in einem sinnvollen Mass vorhanden. Man sollte Transparenz nicht auf die Spitze treiben. Dies kann sonst aus unserer Sicht auch zu Intransparenz führen. Oder anders gesagt: Wie soll der Stadtrat denn noch kommunizieren, wenn es nie genug detailliert ist? Kommuniziert er denn seine Ideen besser nicht und macht dann einfach mal was? Eine solche Entwicklung wäre am Ende sicher nur bedingt wünschenswert. Reglemente braucht es dafür im Übrigen auch nicht. Mit zu vielen Reglementen und Reglementen, welche die Reglemente reglementieren, läuft man am Ende in eine Führungsweise, welche uninspiriert, profillos und der Freiheit beraubt ist. Um auf dem Laufenden zu sein, gibt es auch die Möglichkeit, brennende Fragen in der entsprechenden GPK zu diskutieren oder sogar mal bilateral einzelne Details anzufragen. Die Fraktion FDP erhofft sich weitere Bemühungen des Stadtrats, die Verwaltung schlanker und kosteneffizienter zu gestalten. Wir begrüssen es, wenn die Resultate jeweils jährlich im Zuge der Rechnungen oder Budgets kommuniziert werden.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP: Die Beantwortung der vorliegenden Interpellation weckte in unserer Fraktion heftige und nicht wirklich positive Emotionen. Projekt Balance – das tönt gewichtig. Doch der Name ist irreführend, wie wir feststellen mussten. Was der Stadtrat unter dem Projekt versteht, sehen wir als Teil des normalen jährlichen Budgetprozesses. Eine jährliche Überprüfung der Ausgaben und eine Evaluierung des möglichen Sparpotenzials sehen wir als selbstverständlich an. Warum also diese Hochglanzaufmachung?

Das Projekt Balance ist unserer Meinung nach eine wilde Mischung willkürlicher Massnahmen und hat diesen Namen nicht verdient. Es wird bei Miniposten gespart, und dies oft noch auf Kosten der schwächeren Teile der Bevölkerung wie bei der Senkung der Asylkosten oder auf Kosten der Umwelt wie der Vorschlag mit der Streichung des Energiefonds. Zu den Asylkosten muss man auch anbringen, dass dies wenige Personen betrifft, also auch keinen wesentlichen Spareffekt ausmacht, die Betroffenen aber wesentlich darunter leiden. Hier wird definitiv am falschen Ort gespart. Oder es wird auf eine Einwohnerzeitung verzichtet, dafür kriegen wir eine Hochglanzausgabe zu den stadträtlichen Legislaturzielen zugesandt. Ehrlich gesagt fühlen wir uns diplomatisch ausgedrückt nicht wirklich ernstgenommen. Und was ist mit den Kosten im sogenannten Projekt, die aktuell ungeklärt oder nicht umgesetzt worden sind? Wie ist das Procedere? Wann wird das wieder evaluiert? Dies alles bringt nur etwas, wenn es zu einem kontinuierlichen Budgetprozess wird. Dort, wo hingegen wirklich gespart werden könnte, wird nicht hingeschaut. Die von uns wiederholt geforderte Gewinnablieferung der Werke, die wir an der Abstimmung nur zurückstellten, weil die Eigentümerstrategie der Werke anstand, wird nicht einmal erwähnt. Kein Wort zu einer Wertabschöpfung bei Umzonungen oder zum Thema Durchleitungsrechte von Drittfirmen.

Unser Fazit: Was soll das? So definitiv nicht! Wenn der Stadtrat von uns ernstgenommen werden will, dann erwarten wir für die Zukunft keine Schönheitspflasterlipolitik, um uns ruhigzustellen, sondern ernsthafte Diskussionen und Vorschläge, die einen Effekt bringen.

Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Vorab herzlichen Dank an die Interpellanten für die Diskussion, die wir führen können. Vielen Dank auch für das Votum der FDP, dass aus diesem Projekt nicht mehr Personal und Aufsichtsorganen geschaffen werden sollen. Durch diese Interpellation wird das Projekt Balance transparent gemacht und die Ideen des Stadtrats klar sichtbar. Im Grundsatz finden wir es schade, dass erst anhand dieser Interpellation eine vollkommene Transparenz geschaffen wird. Nach dem Studium der Auflistung ist der Vergleich mit der auf Stufe Grossrat durchgeführten Leistungsüberprüfung nicht von der Hand zu weisen. Im Gegensatz zum Regierungsrat, der die Kosten auf die Gemeinden und Städte abwälzt, trägt der Stadtrat einen Teil der Sparübung auf den Schultern der Bürger aus. Erhöhung der Parkplatzgebühren, höhere Stundenansätze, um nur ein paar wenige aufzuzählen. Unser Verständnis des Projekts Balance basiert auf Sparmassnahmen und nicht auf Überwälzung der Kosten auf den Steuerzahler. Dass sich der Stadtrat über vieles Gedanken gemacht hat, zeigt die Auflistung der angedachten und geprüften Massnahmen. Bei einzelnen Punkten steht aber die Retourkutsche bereits auf der Startlinie. So sind doch Gebühren für Durchleitungsrechte zum Beispiel auch aus Sicht der Grundeigentümer anzuschauen, was auch Folgen für die stadt-eigenen Leitungen haben kann.

Wofür wir aber überhaupt kein Verständnis haben ist, dass wesentliche Punkte aus früheren Budgetdebatten oder Diskussionen nicht Platz gefunden haben. Im Gegenteil. Es wird geprüft, ob allenfalls der Mietvertrag beim Rathaus gekündigt werden kann. Das ist unserer Auffassung nach etwa gleich unsinnig, wie den Berchtoldstag im April abzuhalten und so von wärmeren Temperaturen zu profitieren.

Was uns fehlt, sehr geehrter Stadtrat, sind folgende Themen:

- Das Überprüfen des Personalreglements aufs Notwendige. Hier haben wir jetzt auch eine einfache Anfrage platziert.
- Die Kosten für die diversen Labels, die geführt und geprüft werden.
- Kosten für Standortförderung und Stadtentwicklung. Vergleichen Sie auch die einfache Anfrage vom 17. Februar 2016. Dort haben wir in der alten Rechnungslegung ab 2011 jährlich einen Aufwandüberschuss von mindestens 500'000 Franken produziert. Nach der neuen Rechnungslegung HRM2 ist im Jahr 2000 16 ein Aufwandüberschuss von 1.4 Millionen Franken festgehalten.

- Wir denken hier auch an den Bahnhofplatz und viele weitere Projekte, die leider im Sand verlaufen sind und wofür sehr viel Geld für nichts ausgegeben wurde.
- Die Weihnachtsbeleuchtung – nein, hier kommt sogar eine lange erwartete Botschaft, weil man noch einmal ein bisschen mehr Geld ausgeben möchte.
- Metropolitanregion Zürich – das ist schon schwierig auszusprechen, aber auch dort wird Geld platziert, was nach unserem Dafürhalten sehr wohl und intensiv geprüft werden muss.
- Projekt AWIQ
- Standortmarketing.

Das sind nur einige Auszüge aus Themen, die wir immer wieder erwähnt haben, mit dem Finger darauf gezeigt und Streichungsanträge in der jeweiligen Budgetdebatte gestellt und versucht haben, vom Kleinen zum Grossen zu kommen. So wie der Stadtrat es im Projekt Balance ebenfalls anstrebt. Wir fordern den Stadtrat unmissverständlich dazu auf, diese Themen und Kosten in den Massnahmenkatalog aufzunehmen, sie zu prüfen und entsprechende Kürzungen vorzunehmen. Nach unserem Ermessen wird immer noch viel geredet und nur wenig umgesetzt. Das ist schade. Die Budgetdebatte 2020 lässt grüssen und hat uns das ganz klar aufgezeigt. Vielen Dank an den Stadtrat für das zukünftige Engagement in diesen Themen und den Interpellanten für diese Plattform.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Es ist tatsächlich noch Februar, auch wenn das Wetter mehr an den April erinnert. Ich habe im Kalender nachgeschaut und mich versichert: doch Februar. Oder mit etwas Kontext: 364 Tage nach der Einreichung der Interpellation zu diesem Thema. Das ist nicht, was wir unter zeitnah respektive eine der nächsten Sitzungen verstehen. Die Begründung in der Antwort ist genauso wenig nachvollziehbar. Aber so, wie wir uns über schöne Blumen im Februar freuen, freuen wir uns auch über Antworten zu solchen interessanten wie brisanten Themen, namentlich Balance. Darum soll es auch gehen. Das Ziel dieses Projekts ist ein berechtigtes. Wir haben in den vergangenen Jahren vielfach auf dieses strukturelle Defizit hingewiesen. Nun stellt sich aber die Frage, wie dieses Ziel angegangen wurde. Und da gibt es aus unserer Sicht massive Mängel. So ist grundsätzlich jeder Franken, der gespart wird, ein wertvoller Franken. Wenn aber ein halbes Prozent oder noch weniger des jährlichen Budgets eingespart werden soll, fragt man sich, wie viel so eine Übung überhaupt Aufwand generieren soll. Nicht nur reine Kosten natürlich. Auch ist die Priorisierung weder beschrieben noch irgendwie ersichtlich, geschweige denn ergründbar. Die erwogenen Massnahmen und Begründungen zeigen auch auf, dass es entgegen der Zielvorgabe nie um Effizienz, sondern um reine Einsparungen ging. Dies kann ich anhand der Informationen bereits sagen, obwohl es leider unterlassen wurde, die Resultate umfassend zu quantifizieren. Doch dazu mehr später.

Nun konkret: Die Vorschläge, welche uns hier präsentiert werden, erinnern teilweise an Gespräche unter unzufriedenen Angestellten während der Kaffeepause oder beim Stammtisch der Wutbürger. Auf die Details verzichte ich an dieser Stelle. Solche Ideen mögen zwar vorhanden sein, aber wir sind überzeugt, dass man hier auf einige bessere Ideen hätte kommen können und wahrscheinlich auch gekommen ist. Da haben wir vollstes Vertrauen in das städtische Personal. Im Positiven können wir sagen, dass der Stadtrat auf jeden Fall transparent teils die untersuchten Ideen präsentiert, auch wenn diese inhaltlich eher fragwürdig sind. Waren doch bei den rund 50 sicher auch ein paar mehr dabei, die nicht aufgeführt wurden, wenn man der Nummerierung Glauben schenken darf.

Eine angedachte Sparmassnahme war die Reduktion des Energiefonds. Das ist aus unserer Sicht aber höchst bedenklich, da ja offensichtlich, wie an der Budgetdebatte bereits angesprochen, dieser derzeit zu wenig verwendet wird und daher nicht gekürzt, sondern besser, also zweck-

mässig und sinnvoll verwendet werden soll. Zusammenfassend bezeichnend ist hierfür auch die tiefe Quote an effektiven Umsetzungen.

Nun aber zur Vorgehensweise: Ich wage, hier die Frage aufzuwerfen, ob irgendjemand bei sich selbst sparen möchte und wieso. Weil genau das die Vorgabe der Amtsleitung war. Sucht Dinge, auf die ihr verzichten könnt. Okay, das mag bis zu einem gewissen Grad funktionieren. Jedoch ist es offensichtlich, dass man nicht da spart, wo es weh tut. Dies eine Kritik, obwohl wir es natürlich begrüssen, dass hier die Ämter miteinbezogen werden. Aber eben miteinbezogen und in die Pflicht genommen werden. So beschreibt der Stadtrat in seiner Antwort die hohen Kosten einer externen Unterstützung, wobei kein Mehrwert entstünde. Diese Aussage halte ich nicht nur wegen meines Berufsstands für schlicht unhaltbar. Nicht dass ich der Meinung bin, dass zwingend externe Fachkräfte benötigt werden, jedoch bin ich besonders anhand der Resultate überzeugt, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis einiges besser ausgefallen wäre. So kann eine Aussenansicht gewonnen und beim Optimierungspotenzial können auch wesentliche Chancen aufgezeigt werden. Eine weitere Chance, die man hier vernachlässigt hat, ist, wie man so schön sagt, verbessertes Supplier Management. Konkret wären wohl einige Tausend einzusparen, wenn man auf die Lieferanten, Dienstleister und weitere Anbieter von Leistungen zugehen würde. Zum Beispiel müsste das Rathaus ja nicht aufgekündigt werden, jedoch ist der Mietzins, der bisher bezahlt wird, schon ziemlich heftig, wenn man das vergleicht.

Nun möchte ich es nicht unterlassen, zumindest auch ein Lob auszusprechen. So hat sich der Stadtrat im Zuge von Balance verpflichtet, Projekten ein Preisschild zu verpassen und dieses im Rahmen von Steuerprozenten auszudrücken. Wir befürworten diese Transparenz und freuen uns, dass man hier einen Schritt in die richtige Richtung macht.

Somit zum Resultat des ganzen Projekts: Ausser grosser Ungewissheit hat dieses Projekt offenbar wenig bewirkt. Das letztendlich identifizierte Sparpotenzial ist bedeutend geringer als die angestrebten 300'000 Franken pro Jahr. Dies zusammen mit der abschliessenden Antwort unter 6. bestärkt uns darin, dass dieses Projekt gescheitert ist. Wir finden, es ist an der Zeit, das Projekt entweder komplett von Grund auf neu aufzurollen und dabei von Beginn weg mit offenen Karten zu spielen oder aber das Projekt zu beerdigen.

Gemeinderat Andres Storrer (SVP), Referent im eigenen Namen: Unseren Finanzplan hatte ich mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Eine Trendwende ist nicht in Sicht und zwei, drei Sätze über allfällige Massnahmen, welche diese Trendwende einleiten sollen, suchte ich vergebens. Dass die städtischen Finanzen immerhin von vielen Schultern getragen werden, ist für einen Gemeinderat ein schwacher Trost. Das Projekt Balance ist daher eine willkommene Abwechslung. Besten Dank den Interpellanten für ihre Initiative und dem Stadtrat für die Beantwortung und die eingereichten Informationen. Der Umstand, dass die Massnahmen unter Einbezug der jeweiligen Amtsleitenden erarbeitet wurden, erachte ich als sehr vorteilhaft. Mit Sicherheit sind diese Massnahmen fundierter als viele der Streichungsanträge während eine Budgetdebatte. Selbstverständlich möchte ich aber einige kritische Anmerkungen machen.

Kleinvieh macht bekanntlich auch Mist. Aber darüber, dass die Geschenke für die 90- und 100-Jährigen nicht abgeschafft werden, bin ich froh. Ebenso soll die Kündigung des Rathauses nicht umgesetzt werden, was wohl Seltenheitscharakter hätte. Hingegen würde ich den Massnahmenkatalog wie folgt erweitern:

- Fachkundige und gewissenhafte Erarbeitung und Umsetzung der Agglomerationsprogramme. Finanzielle Auswirkungen möglicherweise in Millionenhöhe. Zusätzlich wiederkehrende Einsparungen bei den Abschreibungen.

- Neues **Hallenbad: Die geplante Wasserfläche ist beachtlich.** Schliesslich haben wir viele Besucher aus der Region. In die Tasche greifen müssen wir aber allein und die Preisunterschiede für Einheimische und Auswärtige fallen dabei auch kaum ins Gewicht.
- Nur noch Projekte anreissen, welche innert nützlicher Frist umgesetzt werden können.

Grundsätzlich ist es beim Sparen wie beim Sport. Die beste Wirkung hat man dort, wo es weh tut. Stichwort Weihnachtsbeleuchtung. Unseren Stadtpräsidenten und unseren Stadtrat Elliker habe ich beide schon beim Sporttreiben angetroffen. Das sah so richtig nach Schmerzen aus. Oder besser gesagt: nach guter Wirkung. So sollen diese beiden doch ihren sportlich hohen Takt in die Weiterführung des Projekts Balance einbringen und dann schaue ich unseren Finanzen positiver entgegen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Die Diskussion, die wir geführt haben, zeigt genau das Spannungsfeld auf, in dem solche Diskussionen immer geführt werden. Wir haben das Projekt bewusst Balance genannt. Sie haben zum einen Sparprogramm gesagt und weitere Vorschläge bezüglich Sparen genannt, oder umgekehrt zwar mit Sparen benamst, aber mehrere Einkünfte, sprich die Gewinnablieferung. Das ist für mich nicht Sparen, das sind weitere Einkünfte, die zu generieren sind., Genau so haben wir das Projekt auch gegenüber den Mitarbeitenden und den Amtsleitern durchgegeben. Wir haben gesagt, die Balance, also Einnahmen und Ausgaben müssen im Gleichgewicht sein. Wir müssen Massnahmen auf beiden Seiten prüfen. Die Diskussion hat auch aufgezeigt, dass die politische Durchsetzbarkeit von solchen Massnahmen sehr unterschiedlich ist, je nachdem aus welcher politischen Richtung man kommt, ist man mehr oder weniger für etwas oder gegen etwas. Und diese Erfahrung haben wir natürlich in den vergangenen Jahren auch gemacht. Einige Vorschläge, die Gemeinderat Christoph Tschanen genannt hat, wurden ja bereits im Rat mit mehr oder weniger grossen Mehrheiten abgelehnt. Wir als Stadtrat müssen uns diese Frage jeweils ja auch stellen, wie denn die politische Umsetzbarkeit oder Durchsetzbarkeit solcher Vorschläge ist. Für diejenigen, die sich nicht mehr daran erinnern mögen, wir hatten in der letzten Budgetsitzung betreffend Kultur eine sehr intensive Debatte und entsprechend auch Mehrheiten. Die Frage ist natürlich, mit welcher Erwartungshaltung Sie diesem Projekt gegenübergetreten sind. Und da stelle ich fest, dass die Erwartungshaltung auch sehr verschieden war. Es gibt solche, die offenbar etwas in Richtung von dem erwartet haben, was der Kanton mit der Leistungsüberprüfung gestartet hat. Wir haben das in der Beantwortung kurz erwähnt. Wir haben uns das auch überlegt. Wir wussten vom Kanton, dass es dort sehr wohl, aber mit grossem finanziellem Einsatz gemacht wurde. Da reden wir nicht von fünfstelligen Zahlen, sondern da reden wir von siebenstelligen Zahlen. Die Zeit, die die Amtsleiter und Mitarbeitenden aufgewendet haben, gar nicht erst mitgerechnet. Jeder, der beim Kanton gearbeitet hat, ich selber eingeschlossen, weiss, wie viel das von unserer Zeit gekostet hat. Wir haben bei anderen Städten nachgefragt und wir haben auch Programme und Sparprogramme oder Balanceprogramme anderer Städte angeschaut. Glauben Sie mir, wir könnten das mehr oder weniger nebeneinanderlegen. Die haben mit grosser externer Begleitung nichts anderes zustande gebracht als wir mit unserer internen Arbeit. Das muss ich hier im Kanton Thurgau einfach so sagen, denn wir hatten Einblick. Also haben wir den Weg gewählt, es mit internen Ressourcen zu tun. Dass wir dabei auf Sachen gestossen sind, wie zum Beispiel die Einwohnerzeitung nicht mehr zu drucken, ist richtig. Jetzt kann man sagen, das ist schade, dass finde ich persönlich auch, ich bin ja ursprünglich selber Journalist und schreibe sehr gern Zeitung. Es sind 70'000 Franken. Frau Haueter, Sie haben es mit den Legislaturzielen verglichen, das sind 5'000 Franken. Nun ist aber die Differenz nicht 5'000 zu 70'000, sondern die 70'000 kommen jährlich und die 5'000 kommen einmal alle vier Jahre. Sie haben also bei dieser Einsparung aus einem Elefanten eine Mücke gemacht. Da muss ich sagen: Nein Nein, das bleibt ein Elefant, vielleicht ein kleiner aber immerhin. Wir bleiben dran bei diesem Thema. Auch wenn einige von Ihnen möchten, dass wir das jetzt beerdigen, nein, wir bleiben dran, das Thema Balance wird uns weiter begleiten und es wird durchaus auch den einen oder anderen Vorschlag geben, der wieder intensive Diskussionen auslösen wird wie zum Beispiel die Frage der Kulturausgaben, vielleicht in

anderen Bereichen. Wenn man den grossen Wurf möchte, dann hat es schon hier im Rat auch schon Vorstösse gegeben, zum Beispiel von Gemeinderat Fredi Marty, die Eisbahn zu schliessen. Das wäre 1 Million Franken im Jahr und wir hätten da sicher einiges weniger an Ausgaben in diesem Bereich, das ist richtig, wir hätten aber auch eine kräftige Einbusse unseres Angebots, und da wäre ich wieder beim Sport und bei der Steilvorlage von Andres Storrer. Wir Stadträtinnen und Stadträte sind natürlich alle sportlich unterwegs, die beiden Stadträtinnen sind mit dem Velo unterwegs, Fabrizio Hugentobler schwimmenderweise und wir beide rennen. Allerdings muss ich gestehen, ich bin eher der Langstreckenläufer, und dieses Thema ist auch ein Langstreckenlauf. Es wird uns länger beschäftigen, es wird uns lange beschäftigen und es braucht den Atem. Erwarten Sie also zwischendurch einen Zwischenspurt, der konkrete, schnelle Resultate erbringt, aber erwarten Sie vor allem, dass wir dranbleiben, dranbleiben und nochmals dranbleiben, um das Ziel, um das geht es nämlich letztlich, ein Haushaltsgleichgewicht zu erreichen.

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 18. März 2020 um 18 Uhr statt. Die eingangs erwähnte eingereichte Motion der Gemeinderäte Roland Wetli und Peter Hausammann hat 21. bzw. inklusive den Motionären 23 Unterschriften erhalten.

Mein Dank geht an Sie für das aktive Mitdiskutieren, an die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Blumenschmuck, an Aurelia Brenner und das Team der Stadtkanzlei für die tolle Vorbereitung. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen einen guten Rest der Woche.

- - -

Schluss der Sitzung: 19:20 Uhr

* * *